

## KOMMENTAR

### **Wahl-Verwandtschaften der besonderen Art Die Philippinen nach den Mai-Wahlen 2007**

**Von Rainer Werning**

Die "mid-term elections" (Kongress-, Gouverneurs- und Kommunalwahlen inklusive der Neubesetzung der Hälfte des 24-köpfigen Senats) am 14. Mai 2007 waren in den Philippinen das, was sie seit Gründung der Republik am 4. Juli 1946 stets waren – turbulent, blutig, ohne wirkliche politische Programmatik, teuer und wochenlang ergebnisoffen. Es wurde getrickst, dass sich die Balken bogen. Wahlurnen verschwanden, Wähler tauchten plötzlich nicht mehr in den Wahllisten auf. Dermaßen wurde manipuliert, dass im Vorfeld dieser Wahlen der große alte Mann der philippinischen Gewerkschaftsbewegung und bis vor Kurzem inhaftierte linke Kongressabgeordnete, Crispin Beltran, nahe legte, „lieber gleich Wasserbüffel zu wählen, weil diese weitaus nützlicher und wirklich von Vorteil sind“. Es bestätigte sich ein noch aus der bleiernen Zeit der Marcos-Ära (1966-86) häufig zirkuliertes Bonmot, wonach die Toten wählen, die Lebenden mehr als zweimal und selbst die Schmetterlinge auf der großen Südinsel Mindanao ihre „Stimmen“ abgeben. Die „drei Gs“ – Gauner, Gold und Gewehre – waren auch diesmal allorten sichtbar. Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo und Benjamin Abalos sr., Vorsitzender der staatlichen Wahlkommission (Comelec), ließ das unbeeindruckt. Sie und andere hochrangige Politiker des Landes hatten die Chuzpe, den Vorwahlkampf und den Ausgang der Wahlen als „relativ fair und friedlich“ zu bezeichnen. Und das zu einem Zeitpunkt, als bereits über 100 Menschen gewaltsam ums Leben gekommen waren – allesamt Opfer, deren Tod unmittelbar im Zusammenhang mit den Wahlen stand.

Es gab bei diesen „mid-term elections“ des Jahres 2007 auch Dinge, die zu bedenken geben und andererseits Zuversicht und Hoffnung aufkeimen lassen. Höchst bedenklich war diesmal zweifelsfrei die Omnipräsenz von Militär und Polizei in Stadt und Land. Das massive Großaufgebot der staatlichen „Sicherheitskräfte“ war nur zu verstehen im Kontext der von Frau Arroyo mit Verve verfolgten Politik der „Aufstandsbekämpfung“. Ihr existierender „Operationsplan Freiheitswacht“ (Oplan Bantay Laya) dient ungeniert der Einschüchterung – bis hin zur billigen in Kauf genommener „Liquidierung“ – fortschrittlicher politischer Kräfte: vorrangig betrifft das linke Gruppierungen wie Bayan Muna, Anakpawis, Gabriela Women's Party, Suara Bangsamoro und Kabataan. Da ging das Militär – besonders in ohnehin hochmilitarisierten Teilen des Archipels – forsch zur Sache und schlug mit Methoden des plattesten Antikommunismus die Propagandatrommeln. Mit Plakaten, Hausbesuchen und entsprechend präparierten Power Point-Präsentationen machten diese Kräfte mächtig Stimmung gegen alles, was ihrer Meinung nach „linken

Stallgeruch“ hatte. In Negros Occidental (Zentralphilippinen) schüchterten Einheiten des 61st Infantry Battalion der Philippinischen Armee Wochen vor den Wahlen die Bewohner von Kabankalan, Bacolod und anderen Städten mit der Drohung ein, gegen sie „vorzugehen“, sollten sie die vom Militär favorisierten Kandidaten nicht wählen. Soldaten des 42nd Infantry Battalion organisierten gemeinsam mit hochrangigen Politikern in der Provinz Camarines Sur eine "Information Caravan and Integrated Defense System" (ITDS-Alsa Masa), eine Serie von Seminaren, auf denen mit Nachdruck für nur einen Kongresskandidaten Stimmung gemacht wurde – Dato Arroyo, einem Sohn der Präsidentin. In Pantukan, Compostela Valley auf der südlichen Insel Mindanao, in North Cotabato und anderen Provinzen der Autonomous Region in Muslim Mindanao (ARMM) führten Soldaten systematisch Hausdurchsuchungen durch, um nach "linkem Propagandamaterial" zu suchen, oder rissen gezielt Wahlposter fortschrittlicher Kandidaten von den Stellflächen. In Nasugbu, der südlich von Manila gelegenen Provinz Batangas, hinderten Mitglieder der Philippine Air Force Wahlbeobachterinnen von Gabriela daran, vor den Wahllokalen Stellung zu beziehen. In zahlreichen Regionen des Landes wurde mit Kriegsrechtmethoden agiert, ohne freilich das Kriegsrecht offen deklariert zu haben. Das aber ist deshalb gefährlicher, weil im Quadrat der Heimlichkeit und Verschwiegenheit genuin demokratische Wahlen und Aktionen – fernab internationaler Aufmerksamkeit – müheloser ausgehebelt werden (können). Die philippinische Tageszeitung „Philippine Star“ zitierte in ihrer Ausgabe vom 13. Mai Generalleutnant Rodolfo Obaniana, Chef des Ostmindanao-Kommandos (EastMinCom) der Streitkräfte, der linke Gruppierungen durchweg für "Fronten der Roten" hält, die es gezielt "auszuschalten" gelte.

Augenfällig war indes dreierlei: Erstens: Geld, politische Macht und gesellschaftlicher Einfluss sind noch immer ausschlaggebend für den Erwerb eines öffentlichen Mandats. „Trapo-ismus“, die Domäne „traditioneller Politiker“ und politischer Claninteressen, blieb auch bei diesen Wahlen intakt, von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen. Herausragend ist z.B. das Ergebnis auf der südlichen Insel Basilan, wo Ustadsz Wahab Akbar und zwei seiner drei Ehefrauen den Gouverneur und den Kongressabgeordneten der Insel stellen und gleichzeitig das Amt des Bürgermeisters in der Hauptstadt Isabela City bekleiden. Zweitens: Die Zeit, da, wie noch vor wenigen Jahren, bevorzugt Starlets sowie Personen aus dem Showbusiness und Spieler der Nationalen Basketballliga in (selbst höchste) politische Ämter gehievt wurden, scheint passé. Wenn das letztlich Zeichen in Richtung „issue“-orientierten Wahlverhaltens beförderte, bedeutete dies eine schrittweise Abkehr von (quasi-)feudalen (Wahl-)Verhaltensmustern, wo der lokale Patron und der nationale Boss bestimmen, wo's lang geht. Vielleicht achtete mensch dann auch mehr auf Programme denn auf Personen. Drittens: Dies war ein veritabler Kommunikationsfeldzug mit modernen Technologien. Die Lust am Simsen im Land der über 7.000 Inseln wuchs proportional zum Engagement, sich „kurz zu

schließen“, Irregularitäten in den Wahllokalen – auch mittels eingeladener internationaler Beobacherteams – aufzudecken und zu melden und sich stärker als jemals zuvor gegen Schiebung zu schützen. Das ist auch bitter nötig: Die massiv geschmierte Präsidentschaftswahl im Mai 2004 sicherte Frau Arroyo zwar den Machterhalt. Legitimität allerdings genießt ihr Regime schon längst nicht mehr – Wahlen hin, Wahlen her. #